



WAZ gibt sechs Redaktionen im Kreis Recklinghausen auf

Verlust von Pressevielfalt

1

„Die WAZ bündelt im Kreis Recklinghausen ihre Kräfte.“ Mit diesem Statement machte die WAZ-Chefredaktion ihre verehrte Leserschaft auf Veränderungen ab Januar 2007 aufmerksam. Ein Schelm, der Böses dabei denkt? Mitnichten! In Zeiten, in denen die Wirtschaftsteile auch der WAZ-Blätter die Leserschaft immer häufiger mit neudeutschen Begriffen wie New Economy, Outsourcing und Hedge Fonds umgarnen, klingen den mutmaßlich Betroffenen – Lesern wie Mitarbeitern – damit einhergehend ganz andere Töne in den Ohren: Sparmaßnahmen, Arbeitsplatzabbau, Redaktionsschließungen, Monopolisierung, Verödung der Zeitungslandschaft...

Gerade im nördlichen Ruhrgebiet fallen die publizistischen Veränderungen seit Anfang des Jahres besonders drastisch auf. Den vorläufigen Höhepunkt setzt die WAZ-Mediengruppe mit der vom WAZ-Chefredakteur Ulrich Reitz verkündeten Schließung von sechs Lokalredaktionen in den Städten Datteln, Haltern am See, Herten, Marl, Waltrop und Oer-Erkenschwick. In Recklinghausen entsteht eine neue Kreisredaktion, die jetzige Lokalredaktion wird es in der Stadt nicht mehr geben. Aufgeben will man das Gebiet freilich nicht, nur kostengünstiger soll alles werden. Dem Leser soll das mit einem neuen lokalen Produkt

versüßt werden: die Regionalzeitung. Diese Regionalausgabe wird an einem regionalen „Newsdesk“ produziert.

Betroffen sind von diesen Maßnahmen etwa 60 Kolleginnen und Kollegen aus den Redaktionen. Rund 25 Redakteure sollen das neue Zeitungsprodukt erstellen. Die übrigen RedakteurInnen und Sekretärinnen sollen andere Lokalredaktionen im Verbreitungsgebiet der WAZ stärken – insbesondere den Internetbereich der Lokalredaktionen im Ruhrgebiet. Entlassungen gibt es nach Aussage der Verlagsleitung keine.

Schwerpunkte der Regionalzeitung sollen Themen wie Wellness, Vereine, Ausgeh- und Freizeittipps und dergleichen sein. Kommunalpolitische Themen gehören anscheinend nicht zu den Aufgaben der neuen Redaktion, so klingt es in dem Schreiben des WAZ-Chefredakteurs Ulrich Reitz an die Leser. Schwerpunkt der Ausgabe „bürgernaher Themenjournalismus statt Ereignisjournalismus“. Erreichen will man eine engere und stärkere Verzahnung von Zeitung und Internet, lässt die Chefredaktion verlauten.

Mag sein. Aber das Projekt bleibt eine Rechnung mit zahlreichen Unbekannten. Die Gesamtauflage der WAZ im Kreis Recklinghausen beträgt zur Zeit 16.000. Das Ziel kann nur lauten: Auflagensteige-

rung! Ob die älteren Zeitungsabonnenten der WAZ treu bleiben, steht indes auf einem anderen Blatt. Und ob es genug neue junge Abonnenten geben wird, ebenso. Am Ergebnis des fragwürdigen Experiments hängen jedenfalls Arbeitsplätze!

Vergangene Woche diskutierten die betroffenen Redakteure auf Einladung der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union in ver.di in Marl das neue zu konzipierende Zeitungsprodukt: Eine gut besuchte und lebhaftere Veranstaltung, in der die Betroffenen viel Mut zeigten.

Blicken wir zurück in die jüngste Vergangenheit: WAZ-Mediengruppe (Essen) und Verlag Lensing-Wolff (Dortmund) stellten 2005 einen Antrag auf Kooperation im Druckbereich. Nachdem das Bundeskartellamt im Dezember positiv reagiert hatte, überließ die WAZ-Mediengruppe seinem neuen Kooperationspartner sogar eine neue Druckmaschine.

Inhalt

Selbstständige und
Arbeitslosenversicherung
Seite 3

Fotografen mögen Robbie
Williams nicht Seite 4



Fortsetzung der Titelgeschichte von S. 1

Verdacht einer Gebietsabsprache

Im Januar 2006 verkündete der Verlag Lensing-Wolff die Schließung seiner Ruhrnachrichten-Redaktionen in Bottrop, Gladbeck und Gelsenkirchen zum 31. März 2006. Gesamtauflage aller drei Städte: 5.700 Exemplare. Die Mitarbeiter wurden für ein Jahr in einer Auffanggesellschaft „zwischen-gelagert“!

Im April unterrichtete dann der Bauer-Verlag (Recklinghausen) seine Mitarbeiter über das Ende der in Gelsenkirchen erscheinenden „Buerschen Zeitung“ zum 30. September 2006; Auflage: 8.000. Allen RedakteurInnen und Verlagsangestellten wurde gekündigt!

Nach dem Willen des Verlegers Lensing-Wolff soll nun die Bochumer Lokalredaktion der Ruhrnachrichten zum Jahresende 2006 ebenfalls geschlossen werden. Hier erreichen die Ruhrnachrichten etwa 3.000 Leser.

Insider und Politiker riechen indes Absprachen zwischen den Verlagen. Wo es früher Zeitungskonkurrenz gab, erfreuen sich die Zeitungshäuser heute an Monopolgebieten, die dem wirtschaftlichen Wohl aller Blätter dienen.

So ist die WAZ in Bottrop, Gladbeck und Gelsenkirchen alleine auf dem Markt. Im Kreis Recklinghausen stört bald niemand mehr die Lokalredaktionen des Bauer-Verlags. Auch die

Ruhrnachrichten profitieren von der Monopolstellung des Bauer-Verlages im Ostvest. Denn: Sie sind mit 40% am Bauer-Verlag beteiligt.

Konkurrenz belebt bekanntlich das Geschäft, aber Monopolgebiete sind kostengünstiger und für den Werbemarkt einträglicher. Leider erfolgt in dieser „Fallgestaltung“ auch keine kartellrechtliche Prüfung.

Nicht nur der Gelsenkirchener Oberbürgermeister Frank Baranowski glaubt an Absprachen, auch andere Politiker im Vest mischen sich inzwischen ein.

Medienwissenschaftler Horst Röper (Formatt-Institut): „Zuvor zogen sich zugunsten der WAZ die Ruhrnachrichten und die Buersche Zeitung auf Teilmärkten zurück. Da jetzt die WAZ ihrerseits zugunsten dieser Zeitungsgruppen agiert, ergibt sich der Verdacht einer Gebietsabsprache.“

Zeitungsverlage haben eine publizistische Aufgabe in diesem Land übernommen, und die darf nicht ausschließlich kaufmännischen Gesichtspunkten untergeordnet sein. Wer millionenschwere Gewinne erwirtschaftet, von dem darf man auch erwarten, dass er nicht nur in besonders lukrative Projekte investiert, sondern seinen publizistischen Aufgaben in der Fläche insgesamt gerecht wird.

Große Anfrage der SPD-Landtagsfraktion

Situation Zeitungsmarkt NRW

Düsseldorf. „Angesichts jüngster Entwicklungen auf dem Zeitungsmarkt“ hat die SPD-Fraktion erneut eine Große Anfrage an den Landtag gerichtet. Sie knüpft damit an eine eigene Große Anfrage an, die sie im Juli 2003 gestellt hatte, und die von der damals noch rot/grünen Landesregierung im Mai 2004 detailliert beantwortet worden war. Die dju NRW hat die Ergebnisse begrüßt und eine Fortschreibung empfohlen, lieferte die Anfrage doch einen umfassenden

Überblick über die Zeitungslandschaft, wie er sonst nur schwer zu erhalten ist.

Folgende Fragen will die SPD im einzelnen u.a. beantwortet haben: Wie viele Tageszeitungen gibt es in NRW und wie hat sich deren Zahl seit 2003 entwickelt?

Welche Redaktionsstandorte (Lokalredaktionen) sind von welchen Zeitungen in den letzten Jahren aufgegeben worden und was waren die Gründe dafür? DFB

WAZ-Musterklage

Kondring fährt nach Erfurt

Düsseldorf. Im März diesen Jahres war der ehemalige Redakteur Helge Kondring mit seiner Musterklage gegen die WAZ vor dem Landesarbeitsgericht Düsseldorf erfolgreich. Wie jetzt bekannt wurde, hat der Zeitungsverlag Revision eingelegt. Damit wird der Fall, nächstes Jahr vermutet Kondring, noch einmal verhandelt, und zwar vor dem Bundesarbeitsgericht in Erfurt. Das Landesarbeitsgericht Düsseldorf hatte entschieden, dass die Zeitungsverleger streikenden Kolleginnen und Kollegen nicht das Urlaubs- und Weihnachtsgeld anteilig für die Streiktage vom Gehalt abziehen dürfen. Das Gericht verurteilte den Zeitungsverlag WAZ, dem Journalisten Helge Kondring 662 Euro an einbehaltenem Gehalt nebst Zinsen zurückzuzahlen. Kondring hatte sich an 24 Streiktagen am Journalistenstreik 2003/2004 beteiligt. (Az.: 12 Sa 1331/05) DFB

Jetzt ist es amtlich

DuMont kauft Rundschau

Köln. Die Kölner Verlagsgruppe M. DuMont Schauberg hat 50 Prozent der Anteile vom Druck- und Verlagshaus Frankfurt (DuV), das die Frankfurter Rundschau herausgibt, übernommen. Am 17. Juli gab DuMont Schauberg bekannt, dass der Kölner Verlag 50 Prozent der Geschäftsanteile von der SPD-Medienholding DDVG kauft und damit Mehrheitseigner wird.

Die Rundschau sollte als politisch engagierte links-liberale Tageszeitung weitergeführt werden, hiess es aus Köln. Die Gesellschafter, neben Du Mont die DDVG (40 %) und die Karl-Gerold-Stiftung(10%) seien sich einig, dass weitere Maßnahmen zur Kostensenkung in Frankfurt ergriffen werden müssen. Der Kaufpreis soll nach SZ-Informationen bei 35 Millionen Euro gelegen habe. DFB

Bundessozialrichter zu freiwilliger Arbeitslosenversicherung

Ausschluß von Alt-Selbstständigen nicht verfassungskonform

Für „nicht verfassungskonform“ hält Bundessozialrichter Ulrich Wenner den Eilbeschluss des Bundestages, nach dem langjährig Selbstständigen und Auslandsbeschäftigten rückwirkend ab dem 1. Juni 2006 die Mitgliedschaft in der freiwilligen Arbeitslosenversicherung verwehrt wird. Der Bundesrichter stützt seine schwerwiegenden Verfassungsbedenken in einem ausführlichen Artikel für die neueste Ausgabe 6/2006 der vom DGB herausgegebenen Zeitschrift „Soziale Sicherheit“ auf Urteile des Bundesverfassungsgerichts zu vergleichbaren rückwirkenden Gesetzesänderungen.

Wer sich vor 2004 selbstständig gemacht oder eine Beschäftigung außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) begonnen hat, kann jetzt nach dem Beschluss des Bundestages nicht mehr Mitglied der freiwilligen Arbeitslosenversicherung werden. Dazu hätte er spätestens am 31. Mai einen Antrag stellen müssen. Dabei hatte der Gesetzgeber im Hartz-III-Gesetz allen Interessenten ausdrücklich eine Entscheidungsfrist bis zum 31. Dezember 2006 eingeräumt.

In einem rechtlich höchst ungewöhnlichen Verfahren hatte der Bundestag dann aber – ohne Ankündigung und ohne plausible Gründe – im Eilverfahren beschlossen, diese Frist für

die Alt-Selbstständigen und Auslandsbeschäftigten auf den 31. Mai vorzuziehen. Das „Gesetz zur Fortentwicklung der Grundsicherung für Arbeitsuchende“, in dem diese Änderung enthalten ist, ist inzwischen vom Bundesrat verabschiedet worden und wird am 1. August 2006 in Kraft treten.

Zwar sei eine solch rückwirkende Gesetzesänderung nicht grundsätzlich ausgeschlossen, schreibt Ulrich Wenner. Doch wenn der Gesetzgeber Übergangsregelungen vor Ablauf der für den Übergang vorgesehenen Zeit zu Lasten der Berechtigten wieder beseitige, „muss seine Regelung im Hinblick auf den verfassungsrechtlichen Vertrauensschutz besonders strengen Anforderungen genügen“. Diesen Grundsatz hatte das Verfassungsgericht in einem Urteil vom 3. Februar 2004 (Az.: 1 BvR 2491/97) selbst aufgestellt.

Demnach darf eine Übergangsregelung nur nachträglich geändert werden, wenn ansonsten „schwere Nachteile für wichtige Gemeinschaftsgüter zu erwarten“ seien. Diese Voraussetzungen – etwa die massive Beeinträchtigung der finanziellen Stabilität der Arbeitslosenversicherung – sei aber hier „nicht erfüllt“, schreibt Ulrich Wenner im Heft 6/2006 der „Sozialen Sicherheit“.

Kein langjährig Selbstständiger oder

Beschäftigter außerhalb des EWR habe mit der kurzfristigen Kappung der Beitrittsfrist zur freiwilligen Arbeitslosen-Weiterversicherung rechnen können. Das „schutzwürdige Vertrauen“ der Betroffenen auf die Nutzung der ursprünglichen gesetzlichen Frist sei daher verletzt worden. Der Bundessozialrichter kommt deshalb zu dem Schluss: „Danach weist vieles darauf hin, dass die rückwirkende Beseitigung der Weiterversicherungsmöglichkeit für Personen, die schon vor dem 1. Januar 2004 selbstständig waren, nicht verfassungskonform ist.“

Ulrich Wenner rät allen Betroffenen – trotz des Bundestagsbeschlusses – auch jetzt noch einen Antrag auf die freiwillige Weiterversicherung bei der Bundesagentur für Arbeit zu stellen! Sollte dieser abgelehnt werden und sich der Gesetzgeber nicht noch zur Korrektur des „Schnellschusses“ im Fortentwicklungsgesetz entscheiden, bleibe die Möglichkeit, „im Klageverfahren vor dem Sozialgericht die Verfassungswidrigkeit zu rügen“. Wenn das zuständige Sozialgericht diese Ansicht teilt, wird es die strittige Regelung dem Bundesverfassungsgericht zur Entscheidung vorlegen.

Die Zeitschrift „Soziale Sicherheit“ kann über www.aib-verlag.de oder den Leseservice T. 02203/1002-66 bestellt werden.

Im Internet diskutieren

ver.di-Perspektiven

Berlin. Im Internet ist jetzt eine neue gesellschaftspolitische Diskussionplattform der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft eingerichtet worden. Auf dieser Seite werden, so ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske, wichtige programmatische Diskussionsbeiträge, Analysen und Kontroversen innerhalb und außerhalb von ver.di zusammengefasst, die diskutiert werden sollen.

<http://perspektiven.verdi.de/>

17 Volontäre

Essen. 17 Volontäre starteten nach Verlagsangaben am 1. Juli 2006 ihre Ausbildung an der Journalistenschule Ruhr (JSR) in Essen. Die Volontäre erhalten ihre Ausbildung in den Redaktionen der WAZ, der NRZ, der WR und der WP. Mit mehr als 70 Volontären ist die Journalistenschule Ruhr nach WAZ-Angaben die größte Ausbildungsstätte für Zeitungs-Redakteure in Deutschland. Nach geltendem Tarif wird leider keiner bezahlt.

Die NRZ ist 60

Essen. Am 13. Juli 2006 wurde die Neue Ruhr-Zeitung/ Neue Rhein Zeitung (NRZ) in Essen 60 Jahre alt. Sie informiert etwa 340.000 Leser im Rheinland und im westlichen Ruhrgebiet. Seit 1976 gehört das Blatt zur WAZ-Mediengruppe. Die 140 köpfige Redaktion wird seit 12 Jahren von Dr. Richard Kiessler geleitet. „Unsere Stärke bleibt unsere Informationskompetenz vor Ort“, schrieb der Chefredakteur zum Jubiläum.

Journalistenschule Ruhr

Zeitungs-jubiläum



Lohn- und Gehaltsrunde an Tageszeitungen

Erste Fortschritte

Frankfurt/Main. Im zwölften Monat der Gehaltsrunde für die etwa 14.000 Redakteurinnen und Redakteure an Tageszeitungen hat die vierte Verhandlung am 11. Juli in Frankfurt Fortschritte gebracht.

Die Grundzüge einer neuen Gehaltsstaffel konnten geklärt werden. Ein Erfolg der Verhandlung war, dass die Verleger nun bereit sind mit einem Gehaltsabschluss auch den Manteltarifvertrag (MTV) und die tarifvertragliche Altersversorgung (Presseversorgung) bis Ende 2008 in unveränderter Form festzuschreiben. Zur Ausgestaltung des sog. Vertrauensschutzes bei Einführung der neuen Gehaltsstaffel herrscht noch keine Einigkeit.

Offen geblieben sind auch noch die Tarifierhöhungen in den 36 Monaten Laufzeit bis Ende Juli 2008.

Am Abend des 11. Juli haben die Verhandlungskommissionen von dju in ver.di und DJV mit dem Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) schließlich die Verhandlung auf den 17. August in Hamburg vertagt.

Der Verhandlungsführer und ver.di-Vize Frank Werneke erklärte: „Der Kompromiss zur neuen Gehaltsstaffel liegt weit näher an den bisherigen Einkommen als an den ursprüng-

lichen Forderungen des BDZV. Die Forderung nach einem „Tarifvertrag II“ mit deutlich niedrigeren Tarifeinkommen, den der BDZV bislang zur Voraussetzung für einen Gehaltsabschluss gemacht hat, konnte abgewehrt werden. Positiv ist, dass wir im Rahmen eines Gesamtabschlusses auch eine mehrjährige Sicherung sämtlicher Tarifmaterien erreichen können.“ Und weiter: „Dass sich der BDZV erstmals bewegt hat, verdanken wir auch den betrieblichen Aktionen, die erstmals verhandlungsbegleitend stattgefunden haben.“

„Das Ziel von ver.di bei den weiteren Verhandlungen ist eine faire Vertrauensschutzregelung zu vereinbaren. Völlig unbefriedigend ist das bisherige Gehaltsangebot der Verleger!“ erklärte Frank Werneke.

Die Zeitungsverleger haben als Tarifierhöhung bis Ende Juli 2008 angeboten:

350,00 Euro Einmalzahlung für den Zeitraum August 2005 bis Juli 2006
-plus 1 % ab August 2006
-plus 1,5 % ab August 2007

Nach eingehender Beurteilung dieses Verhandlungsstandes in Verlagen und Ländergremien wird die Tarifkommission der dju am 16. August über die Fortführung der Gehaltsrunde in Berlin beraten.

BDZV über die Zeitungsbranche:

Innovativ und kreativ wie nie zuvor

Berlin. Das Geschäftsjahr 2005 verlief für die Zeitungen recht unterschiedlich. Während Wochen- und Sonntagszeitungen ihre Umsätze um fünf Prozent steigern konnten, erreichten die Tageszeitungen ein minimales Umsatzwachstum von 0,2 Prozent.

Die Zeitungsbranche kam auf einen Gesamtumsatz von 9,036 Milliarden Euro. Dies entspreche einem Wachstum von knapp 0,5 Prozent. Die Vorzeichen im Anzeigengeschäft seien immer noch negativ. So sei aktuell die Menge der Anzeigen von Januar bis Mai verglichen mit dem Vorjahr um 0,1 Prozent rückläufig.

Die Branche sei trotz der schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen so innovativ und kreativ wie nie zuvor. Etablierte Zeitungen würden verändert, neue Zeitungstypen und neue Formate getestet. Es gebe keine Patentrezepte, deshalb werde mit Experimentierfreude vieles ausprobiert. Neue Produkte des veränderten Kommunikationsverhaltens wie „Blogs“ und „Podcasts“ würden als Herausforderung angenommen. Die stärkere Einbeziehung des Publikums sei gerade für Zeitungen hochinteressant, zumal Print- und Online-Produkte miteinander verknüpft werden könnten. *(Quelle: BDZV)*

Robbie-Williams-Konzerte

Foto-Verträge sind eine Zumutung

Berlin. dju in ver.di begrüßt die breite Protestbewegung unter Agenturen und Kolleginnen und Kollegen gegen die unzumutbaren Verträge, die immer mehr Konzertveranstalter den Fotografinnen und Fotografen vorlegen. Die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) schließt sich den Boykott-Aufrufen der Agenturen und Verbände an und fordert auch die schreibenden Kolleginnen und Kollegen auf, in ihrer Berichterstattung auf diese unzumutbaren Begleitumstände der Konzerte hinzuweisen bzw. sich dem Boykott anzuschließen.

Mit diesen Verträgen werden die Fotografinnen und Fotografen nicht nur in ihrer freien Berichterstattung und in inhaltlichen und künstlerischen Fragen (Platzwahl, zeitliche Auswahl, Gestaltung) weitgehend eingeschränkt, sondern ihres Urheberrechts beraubt. Wenn es wie bei den Robbie-Williams-Konzerten in den Vertragsentwürfen heißt: „Die Fotos sind nur zur einmaligen Veröffentlichung freigegeben“ und „Sie übertragen uns hiermit sämtliche Verwertungsrechte aus Urheber- und vergleichbaren Rechten weltweit“ und dann noch festgelegt wird: „Für diese Vereinbarung gilt das Recht von England und Wales, ausschließlicher Gerichtsstand ist London“, so widerspricht das nicht nur deutschem Urheberrecht, sondern auch internationalen Übereinkünften. Wir raten unseren Mitgliedern, derartige Verträge nicht zu unterzeichnen.

Impressum:

Herausgeber:
Landesvorstand
der dju in ver.di NRW.
Verantwortlich (V.i.S.d.P.):
Willi Vogt, Karlstr. 123 - 127,
40 210 Düsseldorf
Redaktion und Produktion:
Dr. Frank Biermann (DFB)
(drfrankbiermann@gmx.de)
eMail: Jutta.Klebon@verdi.de